

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Fehrm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16 a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserten finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **396000** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Die Berliner Metall- und Maschinenindustrie im Jahre 1909.

Die Berliner Handelskammer hat mit gewohnter Promptheit den ersten Teil ihres Jahresberichts für 1909 veröffentlicht, der wieder manches Bemerkenswerte enthält. Einleitend wird konstatiert, daß das verfloßene Wirtschaftsjahr fast auf allen Gebieten Fortschritte erkennen ließ, wenngleich die Besserung der Erwerbsverhältnisse im allgemeinen nicht über einen mäßigen Grab hinausging. Im ersten Halbjahr litt die überwiegende Mehrzahl der Gewerbe noch unter der wirtschaftlichen Depression, während im zweiten Semester eine Belebung eintrat. Allerdings standen einige Industrien vom Anfang bis zum Ende des Berichtsjahres im Zeichen einer günstigen Konjunktur, so auch die elektrische Industrie. Diese hatte bereits im Jahre 1908, das sonst fast allen anderen Industrien sich unangenehm fühlbar machte, eine Ausnahmestellung. Die Gunst der Verhältnisse übertrug sich auf die Folgezeit und so erfuhr sie im Jahre 1909 noch eine weitere Steigerung. Die Hauptursache dieser Erscheinung ist in der von Jahr zu Jahr sich vollziehenden Erweiterung des Verwendungsgebietes der elektrischen Kraft für wirtschaftliche Zwecke zu finden.

Weniger günstig war die Situation für die Maschinenindustrie. Es wird darüber berichtet: „Die Maschinenfabrikation, die im Vorjahre größtenteils unbefriedigende Ergebnisse verzeichnet hatte, verharrte während des ersten Semesters des Jahres 1909 im allgemeinen auf dem bisherigen ungünstigen Stande, gelangte dann aber zu lebhafteren Umsätzen. Allerdings ging die Besserung für zahlreiche Betriebe des Gewerbes nicht über eine bescheidene Grenze hinaus. Einige Branchen, beispielsweise diejenigen, welche Eisenkonstruktionen und sonstige Artikel für Bauten liefern, ferner die Lokomotivfabrikation und auch die Werkzeugindustrie verzeichneten wenig oder nichts von einem Aufschwunge, während die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, die bereits auf ein günstiges Vorjahr hatte zurückblicken können, einer weiteren Steigerung der Umsätze sich erfreute. Die Lage der Gießereien war nicht durchweg besser als im Vorjahre; nur soweit sie Lieferanten für die prosperierende Elektrizitätsindustrie waren, erzielten sie regere Umsätze. Ein Ausfall im Absatz ergab sich für mehrere Branchen der Maschinenfabrikation aus dem Umstand, daß die Behörden in Bezug auf Neuanfertigungen, Herstellung von Bauten u. merkwürdige Zurückhaltung beobachteten. Die Preise für die meisten Rohmaterialien erfuhr eine Minderung. In noch stärkerem Grade aber ermäßigten sich die Preise der Fertigfabrikate, was auf die überaus scharfe Konkurrenz zurückzuführen ist. Der Export von Maschinen, der mit den hohen Schutzdellen des Auslandes zu rechnen hat, ging zurück. Sowohl für die Maschinen- als auch für die elektrische Industrie ist festzustellen, daß die Kredit- und Zahlungsverhältnisse sich besserten.“

Der Bericht stellt die gewiß nicht überraschende Tatsache fest, daß die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung, das heißt der wohlhabenderen Agrarier erhöht worden ist, denn die große Masse der Kleinbauern, der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten ist ja trotz der Wucherzölle und der Wucherpreise in keine bessere Lage gekommen; im Gegenteil müssen auch sie alles teurer bezahlen, ohne daß ihr kleines Einkommen überhaupt oder in jähbarem Maße gestiegen wäre. „Bemerkenswert ist“, sagt der Bericht, „daß diejenigen Gewerbe und Betriebe, welche vorzugsweise landwirtschaftliche Rundschaff haben, in diesem Umstand eine Stütze ihres Absatzes fanden, eine Tatsache, die wir auch schon für das Jahr 1908 festgestellt konnten. Der Ertrag der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich in den letzten Jahren dank guter Ernten, die zu hohen Preisen bewertet wurden, nicht unbedeutend gehoben. Da auch die Ernte des Berichtsjahres sehr reich ausfiel und die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse einen überaus hohen Stand erreichten, konnte auf Seiten der ländlichen Rundschaff sich eine bemerkenswerte Nachfrage einstellen. Deshalb nahm das Geschäft, welches die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen erzielte, wie im Vorjahre einen günstigen Verlauf, und auch beim Absatz von Bauartikeln, von Werkzeugen und Eisenwaren, von Erzeugnissen der Bekleidungsindustrie, von Schmiedegeräten u. s. w. war der Einfluß jener Rundschaff zu verspüren.“

Auf der anderen Seite ist infolge der immensen Verteuerung der Lebenshaltung die Kaufkraft der Arbeitermassen für gewerbliche Artikel ungemein geschwächt, so daß zum Beispiel an ebenfalls notwendigen und unentbehrlichen Bedarfsartikeln, wie Kleidern und Schuhen bis aufs äußerste gespart werden muß. ebenso an Gegenständen der Wohnungseinrichtung u. s. w. Die Erhöhung der Kaufkraft eines verhältnismäßig kleinen Teiles der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf Kosten der Konsumenten in den Städten und Industriegebieten bietet jedenfalls keinen Ersatz für die Herabsetzung der Kauf- und Konsumkraft der millionenstarken Arbeiterbevölkerung als Abnehmer von Industrieerzeugnissen. Darauf weist auch die Berliner Handelskammer mit der Feststellung hin, daß die hohen Lebensmittelpreise ein Hindernis für die Erweiterung des Konsums an anderen Waren bilden. Ein Mittel zur Gesundung dieser Verhältnisse wird jedoch nicht vorge schlagen und doch ist die Möglichkeit dazu vorhanden. Man befreite endlich den geradezu verwerlichen Unfug der unter dem Titel der Einfuhrschutze gewährten Exportprämien auf die Ausfuhr deutschen Getreides; man hebe endlich die Grenzsteuer auf ermäßigte die Wucherzölle auf Lebensmittel und mache so der unbegrenzten agrarischen Plünderung der großen Volksmehr-

heit durch eine kleine räuberische Minderheit ein Ende. Es würden auch dann noch die Preise der landwirtschaftlichen Produkte eine für die Agrarier rentable Höhe behalten, aber es würde doch der untragliche Zustand aufgehoben, daß die in Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr beschäftigten Millionen das ganze Jahr hindurch nur für die Erhaltung des nackten Lebens arbeiten müssen.

Die Handelskammer hebt hervor, daß im Jahre 1909 die Lohnsätze keinen großen Umfang erlangten und sie meint, daß auch jetzt die wirtschaftliche Lage keinen Anreiz zu Streikproben in Form von Streiks bietet, wohl aber Stimmung macht für einen friedlichen Ausgleich strittiger Punkte. „Es bedarf keiner Bemerkung dafür, daß das Interesse der Unternehmer wie der Arbeiter eng mit der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens verknüpft ist. Der Gedanke, daß eine Besserung der Konjunktur das Signal zu Streiks geben könnte, ist in hohem Maße geeignet, in die geschäftliche Kalkulation das Moment der Unsicherheit zu tragen, damit die Unternehmungslust zu dämpfen und die Durchführung weitläufiger Projekte hintanzuhalten.“

Diese hoffentliche Beschwichtigung mögen vor allem die Unternehmer beherzigen und den durch die Not der Zeit erzeugten Forderungen der Arbeiter entgegenkommen; diese streiken nämlich nicht des Streiks wegen, sondern nur dann, wenn kein anderes Mittel mehr verfangen will zur Erlangung notwendiger Verbesserungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse.

Ohne kritische Bemerkungen, ohne Warnung und Beschwichtigung wird über die Bewegung der Preise der Metall- und Maschinenindustrie notwendiger Koststoffe berichtet. Die Preise für gußeiserne und schmiedeeiserne Verbindungsstücke wurden durch die Konvention der Werte auf „normaler Höhe“ gehalten. Die Preisänderungen, die das Kupfer am Londoner Markt durchzumachen hatte, waren verhältnismäßig gering, sie betrugen im Maximum kaum 10 % für die Zinne. Der Minimalpreis wurde mit 54 1/2 £ im März erreicht, der Maximalpreis mit 64 1/2 £ im Januar. Der Berliner Kupferpreis schwankte zwischen 117 und 140 M für 100 Kilogramm. Der Preis für Kupferblech zwischen 148 und 160 M, für Kupferdraht zwischen 147 und 153 M, für Kupferrohr zwischen 177 und 187 M. Messing hatte bei Auflösung des Kartells einen Preis von 125 M; er sank dann auf 116 und 118 M. Erhebliche Schwankungen erfuhr die Zinnpreise. Am 1. Februar kostete Bantozinn 262 M (100 Kilogramm), im November 296 M, Australzinn 258 und 300 M; Riffenblech stiegen um 50 S bis 1 M im Preise; Kohzinn von 45,25 auf 48 M, Zinkblech von 57,50 auf 62 M; Walzblech- und Blechpreise bewegten sich während des Berichtsjahres zwischen 34,50 und 37,50 M; Antimon zwischen 59 und 80 M per 100 Kilogramm. Die Preise verschiedener Rohstoffe sind erhöht worden, aber dagegen wendet sich die Handelskammer aus Klassenloyalität so wenig wie gegen die unaufrichtigen Preisstreiber der agrarischen Lebensmittelwucherer.

In einem besonderen Kapitel wird die „Sozialpolitik“ behandelt, in dem die Berliner Handelskammer ihren ganzen Konteraktismus auf diesem Gebiet offenbart. Sie beschäftigt sich besonders mit der Revision der Gewerbeordnung und wendet sich so ziemlich gegen alles, was inzwischen nun in Kraft getreten ist und von der Reichstagskommission für die große Gewerbeordnungs-Novelle beschlossen worden war, durch den Reichstagsbeschluss aber hinfällig wurde. Sie beanstandet die Schaffung von Arbeiterschüssen für Betriebe von 20 Arbeitern an; den Achtstundentag; den Neunstundentag für kaufmännische Büreaus und Lageräume; die Anstellung von Handelsinpektoren; die Regelung der Heimarbeit und Schaffung von Lohnämtern; das Verbot der Verwendung von giftigen Weisfarben im Malergewerbe. Der Standpunkt der absoluten Menschheitstheorie in ungetrübtster Reinheit. Mit der Abschwächung der Konkurrenzklauseel zugunsten der Angestellten und mit dem Zehnstundentag der Arbeiterinnen ist sie angezogen der 9 1/2- und 9stündigen Arbeitszeit in Berlin einverstanden. Aber vom Zehnstundentag verlangte die Handelskammer 50 Ausnahmestage in jedem Jahre für Überzeitarbeit, die die Unternehmer beliebig unter den 300 Arbeitstagen jollten auswählen können. Also wiederum ein Stück Unternehmerwillkür. Können die Herren ein Gesetz nicht mehr verhindern, so beschuchen sie, es zu verwässern.

Sa wir auch in der Metall- und Maschinenindustrie sehr stark an der neuen Gewerbeordnungs-Novelle interessiert sind, wird es auch eine wichtige Aufgabe unserer drücklichen Verwaltungstellen sein, der Durchführung der neuen Arbeiterschutzbestimmungen die ernsteste Aufmerksamkeit zu widmen.

Sozialpolitische Fortschritte in England.

Während die Scharfmacher und Arbeiterfeinde in Deutschland seit der Gründung des Hansabundes mit vereinten Kräften an Werke sind, die Sozialpolitik zum völligen Stillstand zu bringen oder zu verschlechtern, schreitet die Sozialpolitik in England, dem hauptsächlichsten Rivolen Deutschlands auf dem Weltmarkt, unaufhaltsam weiter fort. So sind mit dem 1. Januar 1910 neue sozialpolitische Gesetze in Kraft getreten, die die staatliche Organisation des Arbeitsschutzes, die Errichtung und die Tätigkeit von Lohnämtern für die Heimarbeit, den Wohnung- und Städtebau, die Errichtung von Jugendgerichtshöfen und endlich den Betrieb von Kinetographen betreffen. Gleichzeitig ist am genannten Tage das Altersrentengesetz für die jetzt 600 000 altersschwachen Personen in seine volle Wirksamkeit getreten.

Von besonderer Bedeutung für Deutschland ist das Lohn- u. mtergesetz, weil die Reichstagskommission für die große Gewerbeordnungs-Novelle ebenfalls die Errichtung von Lohnämtern für die Heimarbeit beschlossen hatte, der Beschluß aber, wie alle ihre anderen bezüglichen Beschlüsse, durch den Selbstschluß hinfällig wurde und weil ferner der damalige Staatssekretär des Reichsan-

des Innern und heutige Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg den betreffenden Kommissionsbeschlüssen als den ersten Schritt zum Sozialismus erklärte. Wäre das wahr, so ständen wir vor der Tatsache, daß die liberale Regierung Englands ganz unbefenlich diesen Schritt zum Sozialismus getan hat und dabei doch die kapitalistische Regierung eines kapitalistischen Landes ist, eine kapitalistische Regierung, die nicht im Traum daran denkt, den herrschenden Kapitalismus durch den Sozialismus zu ersetzen. Lohnämter sind aber auch das gerade Gegenteil vom Sozialismus und haben daher nicht nur gar nichts mit ihm zu tun, sondern beide schließen einander direkt aus. Lohnämter haben den Kapitalismus, die privatkapitalistische Produktion mit ihrer Lohnarbeit zur Voraussetzung, während der Sozialismus die Abschaffung der privatkapitalistischen Produktion und ihrer Lohnarbeit bedeutet. Wer unter solchen Umständen Lohnämter den ersten Schritt zum Sozialismus nennt, hat entweder keine Ahnung vom Wesen des Sozialismus und dann sollte er schweigen und vorerst etwas lernen, oder aber er kennt ihn und stellt dann eine Behauptung wider besseres Wissen auf, prägt ein demagogisches Schlagwort, um im Interesse des Kapitals die Schaffung einer für die Arbeiter notwendigen und nützlichen Einrichtung zu hintertreiben. Wer eine solche Politik ausübt, mag das Zeug zu einem Scharfmacherpretreär haben, aber er eignet sich nicht für die Rolle eines Sozialpolitikers im besseren Sinne des Wortes. Auf jeden Fall aber hat das englische Beispiel die Wiederholung der Bethmannschen Phrase unmöglich gemacht.

Das englische Lohnämtergesetz ist ziemlich umfangreich und vorbildlich für andere Länder. Es gilt zunächst für vier Gewerbe: die Schneiderei, Schachtelmacherei, Bettmacherei und die Spitzenindustrie; das Handelsministerium kann es aber jederzeit auf jedes besondere Gewerbe ausdehnen, wenn es davon überzeugt ist, daß in irgendeinem Zweige dieses Gewerbes die vorherrschenden Lohnsätze im Vergleich mit denen in anderen Beschäftigungsarten außergewöhnlich niedrig sind und daß die sonstigen Verhältnisse des Gewerbes die Anwendung des Gesetzes zweckdienlich erscheinen lassen. Die Einführungsverordnungen bedürfen der Genehmigung des Parlaments. Das Handelsministerium soll, wenn tunlich, ein Lohnamt oder mehrere Ämter für jedes diesem Gesetz unterworfenen Gewerbe oder irgendwelchen Zweig desselben errichten. Die Lohnämter haben bei Behörden auf ihr Verlangen Berichte über bestimmte Angelegenheiten zu erstatten.

Die wichtigste Aufgabe der Lohnämter ist die Festsetzung von Mindestlöhnen für Zeit- und Stundarbeit, die jederzeit wieder aufgehoben oder abgeändert werden können. Durch eine „zwingende Verfügung“ kann das Handelsministerium die amtlichen Mindestlohnsätze für alle Unternehmer und Arbeiter der betreffenden Gewerbe verbindlich erklären. Unternehmer, die niedrigere als die festgesetzten Minimallohne zahlen, werden mit Bußen bis zu 400 M für jeden Fall eines derartigen Vergehens und außerdem mit Bußen bis 100 M für jeden Tag, an dem das Vergehen andauert, bestraft; außerdem kann sie das Gericht zur Nachzahlung der Lohnsdifferenz an die geschädigten Arbeiter verurteilen. Für gedrückte Arbeiter kann das Lohnamt eine Ausnahme von den Minimallohnen machen. Jede Vereinbarung über die Zahlung von Löhnen in Zuwiderhandlung dieser Bestimmung soll nichtig sein. Als „Arbeitgeber“ im Sinne dieses Gesetzes gelten alle Ladenbesitzer, Verleger oder Händler, die Personen mit Lohnarbeit beschäftigen.

Die Lohnämter sollen aus gleich viel Vertretern der Arbeiter und Unternehmer bestehen, zu denen hinzu der Handelsminister noch weitere Mitglieder ernennen kann. Dabei sind Frauen ebenso wählbar wie Männer. In Lohnämtern für Gewerbe mit vielen Heimarbeiterrinnen soll mindestens eines der mitwirkenden ernannten Mitglieder eine Frau sein. Die Zahl der ernannten Mitglieder soll kleiner sein als die Gesamtzahl der Vertretermitglieder der Arbeiter und Unternehmer.

Ein Lohnamt kann Bezirks- und Lohnauschüsse errichten, die die Aufstellung von Mindestlohnsätzen vorschlagen sollen. Jeder Bezirksauschuss soll einen ständigen Unteranspruch zur Prüfung von Anträgen auf besondere Mindestlohnsätze und Klagen auf Grund dieses Gesetzes gegen das Lohnamt ernennen. Es kann dem Bezirkslohnanspruch ferner jede Angelegenheit zur Berichterstattung und zur tatsächlichen Entscheidung überweisen.

Das Handelsministerium kann Beamte für die Zwecke des Gesetzes und seiner richtigen Befolgung ernennen mit ähnlichen Befugnissen wie die Fabrikinspektoren. Jeder dieser Beamten kann auch Verhandlungen auf Grund dieses Gesetzes vornehmen und vor den Gerichten für summarische Rechtsprechung Verhandlungen auf Grund des Gesetzes führen, auch wenn er nicht Rechtsanwalt oder Sachwalter ist.

Die Verweigerung oder Verhinderung der Beibringung von bezeichneten Urkunden oder die Verschöpfung des Beamten wie auch die Verhinderung seiner Amtsausübung werden mit einer Buße bis zu 100 M, die Verbringung wissenschaftlich falscher Urkunden oder falsche Aussagen werden mit Bußen bis zu 400 M oder Gefängnis bis zu 3 Monaten mit oder ohne Zwangsarbeit bestraft.

Die amtlichen Bekanntmachungen auf Grund dieses Gesetzes haben die Unternehmer in ihren Fabriken oder Werkstätten oder den Stätten für Ausgabe der Heimarbeit bei Buße bis zu 300 M anzubringen.

Dieses neue Gesetz kann je nachdem recht gutes für die Arbeiter wirken, jedoch bleibt die Praxis abzuwarten. In der australischen Kolonie Victoria hat sich das seit Jahren bestehende Gesetz über die Lohnämter und Mindestlöhne, das dem neuen englischen Lohnämtergesetz als Vorbild diente, für die Arbeiter gut bewährt. Die dort festgesetzten Mindestlöhne decken sich fast durchweg mit dem Begriff des Gewerkschaftslohnes.

Das Gesetz über die staatliche Organisation des Arbeitsschutzes gibt dem Handelsministerium die Kompetenz, an allen ihm geeignet erscheinenden Orten Arbeitsschutz-

zu erhalten und zu betreiben. Es kann auch solche, die von anderen Behörden oder Personen unterhalten werden, unterhalten oder übergeben. Im Übrigen ist mit dem Finanzminister nach dem Handelsministerium Bestimmungen aufzustellen über die Gewährung von Darlehen an Arbeiter, um ihnen die Mittel zur Reise nach dem Orte zu geben, wo sie durch Vermittlung des Arbeitnachweises Arbeit erhalten.

Weitere Bestimmungen sollen aufgestellt werden zum Schutze der Arbeiter in allen den Fällen, in denen sie die Annahme einer ihnen angebotenen Arbeit mit der Wegweisung verweigern, daß in ihrem Gewerbe eine Arbeitslosigkeit besteht oder daß der offerierte Lohn geringer sei als der in dem betreffenden Bezirk für das fragliche Gewerbe übliche Lohn. Diese Arbeiter dürfen nicht von der Vermittlungsdienstleistung ausgeschlossen und auch sonst nicht benachteiligt werden. Damit sind die Forderungen der Gewerkschaften erfüllt worden, die sich andernfalls an das staatliche System nicht angeschlossen hätten würden.

Dem Schutze der Arbeiter dient auch die Bestimmung, daß mit Geldbuße bis zu 200 M bestraft wird, wer wissenschaftlich einem Beamten oder sonstigen Beauftragten des Arbeitnachweises falsche Angaben macht, um Arbeiter zu erhalten. Die gleiche Buße wird allerdings auch dem Arbeiter angedroht, der mit unrichtigen Angaben Arbeit zu erlangen sucht, was ja wohl nur selten vorkommen dürfte. Der erstere Fall hingegen passiert zweifellos oft und betrifft einfach den Streikbrecher, der durch das Gesetz verurteilt werden soll.

Ein Mangel besteht das Gesetz insofern, als nicht obligatorische, paritätische aus Vertretern der Arbeiter und Unternehmer zusammengesetzte Verwaltungskommissionen vorgesehen sind, sondern es dem Ermessen des Handelsministeriums anheimgestellt ist, beratende Ausschüsse einzusetzen.

Wie der liberale Handelsminister Churchill sich die Durchführung des Gesetzes denkt, hat er in einem Vortrag dargelegt. Danach sollen in den nächsten Monaten 130 Arbeitnachweisstellen in allen Teilen des Landes eröffnet und sodann das Netz nach weiter ausgebaut werden. Zum Leiter des gesamten Arbeitnachweiswesens ist Oberbürgermeister ernannt worden. Ueber sachliche Einzelheiten der Organisation und Verwaltung verständigt sich das Arbeitsamt als Arbeitervertretung mit den Unternehmern.

Die gesamte Organisation des Arbeitnachweises soll nach drei Klassen gegliedert werden: 1. Arbeitnachweise für Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, deren 30 bis 35 mit Leiter und vier bis fünf Hilfskräften; 2. 40 bis 50 Arbeitnachweise für Städte zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern; 3. 70 bis 75 Arbeitnachweise für Städte mit 25 000 bis 50 000 Einwohnern. Zu den eigentlichen Arbeitnachweisen sollen ergänzend noch eine Reihe von Nebenstellen hinzukommen, so in den Hafenanlagen etc.

Die Kosten der staatlichen Organisation des Arbeitnachweises werden auf 1 920 000 M. berechnet, die jährlichen Gehälter für circa 800 Beamte und Schreiber auf 1 900 000 M. Zunächst werden leerstehende Läden und Bureaus oder auch ältere Verwaltungsgebäude, die nicht mehr in Benutzung sind, für den Arbeitnachweis gemietet und brauchbar gemacht, später sollen eigene Gebäude für die Arbeitnachweise erstellt werden.

Was im ganzen eine großzügige staatliche Organisation des Arbeitnachweises, wie sie in dieser Form kein anderes Land besitzt.

Verfehlte Akkordpolitik.

Auf die Aufforderung des Herrn Ingenieur West hin, in eine Kritik über die von ihm gemachten Vorschläge zu diesem Thema einzutreten, möchte auch ich mich an einer solchen Debatte beteiligen.

Zunächst muß ich den Worten des Kollegen Vordlitz er beipflichten, der in dem hier in Frage kommenden Artikel von West die „kapitalistische Fieber“ erkennt. Das trifft übrigens auch zu auf alle anderen Arbeiten, die West bisher auf dem Gebiet der Fabrikorganisation veröffentlicht hat. In dieser Beziehung vertritt West überhaupt den Typ des modernen Betriebsingenieurs, der bei allen seinen Handlungen nicht etwa von sozialen Momenten geleitet wird, dessen soziales Verantwortlichkeitsgefühl im Interesse seiner Berufsarbeit überhaupt möglichst gering sein muß. Sein beruflicher Ehrgeiz strebt vielmehr dem Ziele zu, Betriebsanordnungen zu schaffen, bei deren Benutzung der „benutzbar höchste Prozentsatz“ erzielt werden kann, damit eine möglichst hohe Profitrate für den Unternehmer dabei herauspringt.

So hat denn auch West herausgefunden, daß in der Praxis des Unternehmers, bei Ueberprüfung eines gewissen Stundenverdienstes an einmal festgelegten Akkordpositionen Abzüge zu machen, ein

großer Fehler liegt. West versteht sich nun nicht etwa darüber, daß ein solcher Verfahren, einmal festgelegte Verordnungen umzusetzen, dem Arbeiter gegenüber eigentlich ein Unrecht bedeutet, von solchen Strafen wie das Gewissen eines echten Fabrikorganisations nicht befreit. West sucht West die Unternehmer davon zu überzeugen, daß sie mit diesem Vorgehen sich selbst schaden, deshalb macht er seine „Reformvorschläge“, für die er jetzt auch die Arbeiter zu interessieren sucht.

Wenn West bei der Begründung seiner Vorschläge konstatiert, daß in unseren heutigen Unternehmungen viel zu oft falsch kalkuliert wird, so hat er zweifellos darin recht. Mir scheint überhaupt, daß die Diskussion am reichlichsten anfangen, wenn wir zunächst einmal das Wesen der heutigen Kalkulationsarbeit zu erfassen suchen, um zu erkennen, auf welche Ursachen die vorhandenen Mißstände zurückzuführen sind.

Die Gründungen der heutigen Kalkulationsbureaus in den modernen Betrieben sind mehr oder weniger unter dem Gesichtspunkt erfolgt, die „Meisterwirtschaft“ abzuschießen. Die Kalkulationsarbeit lag in dem ersten Stadium der großindustriellen Entwicklung fast ausschließlich in den Händen der Meister. Dieser war gewissermaßen der erste Fabrikbeamte des Unternehmers. Wenn ein Industriebetrieb aus den ersten zerschlagenen Anfängen hinausgewachsen war, suchte sich der Unternehmer zuerst eine Hilfskraft im Meister, der ihm die Führung der Produktion und die Beaufsichtigung seiner Arbeiter abnahm. So hat denn auch der Werkmeister des alten Schlags, wie ich es wiederholt schon geschrieben habe, früher ein fast unbegrenztes Arbeitsgebiet gehabt. Er hatte sich um die Beschaffung von Material zu kümmern, hatte das Magazin zu verwalten, die Fabrikation zu leiten, die Akkordpreise festzusetzen, auf Verbesserungen von Arbeitsmethoden und Werkzeugen zu achten und oft sogar die Betriebsbuchführung mit zu übernehmen. Dieses System hat zum Zusammenbruch geführt. Die unbeschränkten Funktionen, die man dem Meister übertrug, mußten Mißstände zur Folge haben. Der Werkmeister des alten Schlags war eben für seine Funktionen nicht so verwaltungstechnisch vorgebildet, wie es hätte sein müssen. Die neue Zeit und das moderne technische Bildungswesen hat eine genügende Zahl von Arbeitskräften hervorgebracht, die für diese Funktionen geeigneter waren. Der Ingenieur und der Kaufmann nahmen dem Werkmeister eine Menge Gelegenheiten ab, so daß heute der Werkmeister fast ausschließlich nur Kontrollfunktionen ausübt. Er hat die Arbeiter zu beaufsichtigen und auf die richtige Verteilung der Arbeiten zu achten, damit die Lieferungsstermine innegehalten werden können.

Daß man dem Werkmeister die Fixierung der Akkordpreise abgenommen hat, ist meiner Auffassung nach nicht in vollem Umfang als vorteilhaft zu bezeichnen. Gewiß haben die Werkmeister des alten Schlags gerade in dieser Beziehung in recht vielen Fällen eine weitgehende Güntlingswirtschaft getrieben. Da sie nicht kontrolliert wurden, hatten sie die Möglichkeit, für die gleiche Arbeit verschiedene Preise zu berechnen. Sie konnten solche Arbeiter, die ihnen nicht genehm waren, durch die Zuweisung von ungünstigen Akkorden strafen und was dergleichen Willkürlichkeiten mehr sind. Das Bestreben der Werkmeister ging deshalb darauf hinaus, in den Kalkulationsbureaus die gestellten Akkordpreise zu fixieren, zu kontrollieren und ein regelrecht ausgebildetes Akkordsystem zu schaffen. Und all dem möchte ich heute noch dem Robus das Wort reden, dem Meister bestimmte Verfügungsrechte über die Bestimmung der Akkordpositionen zu belassen. Von allen Betriebsbeamten ist meiner Auffassung nach der Meister immer noch derjenige, der am ehesten einen Einblick in die Produktionsverhältnisse des Betriebes hat.

Wenn der Kollege Vordlitz sagt, daß in den Kalkulationsbureaus der Praktiker fast nichts, der Theoretiker aber fast alles bestimmt, so kann ich ihm auch darin nicht ganz unrecht geben. Ich kann mir darüber wohl ein Urteil erlauben, da ich selbst als Kalkulationsbeamter sieben Jahre in der Großindustrie tätig gewesen bin. Wie kommen denn in den Kalkulationsbureaus der heutigen Industrie die Arbeitspreise zustande? Bekanntlich unterscheiden wir im Kalkulationsfach zwei Ressorts, die Nachkalkulation und die Vorkalkulation. Die Nachkalkulation ist die Preisregulatur für bereits ausgeführte Arbeiten, mit der Komptierung von neuen Preisen hat diese Abteilung nichts zu tun und selber daher für unsere Betrachtung aus. Für eine neue Arbeit den Herstellungspreis zu bestimmen, ist Sache des Vorkalkulators. Von der persönlichen Tätigkeit dieses Beamten wird es in den meisten Fällen abhängig sein, ob er den richtigen Preis findet. Zum Kalkulieren gehört nun einmal ein feinfühler Schätzungsinstinkt. Bei einem jeden neuen

Preis, den wir bestimmen wollen, müssen uns alle verfügbaren Arbeiten mit ähnlichem Charakter und Arbeitsmethoden gegenwärtig sein. So seiner unser Zeitalter also in dieser Beziehung. Das heißt nicht ganz bei, daß jeder Kalkulator muß die „Preise auf dem Gropel selbst machen können“. Es geht hier so wie beim Beispiel mit dem Theaterkünstler, der gute und verständnisvolle Augen haben muß, aber selbst kein vernünftiges Theaterstück fertigt. Ich habe Kollegen kennen gelernt, die als Arbeiter nur eine mittelmäßige Leistungsfähigkeit entwickelten und doch ziemlich kalkulieren konnten. Andererseits haben gute Praktiker später als Kalkulatoren versagt. Über selbstverständlich ist ein gründlicher, praktischer Bildungsgang für diese Funktionen unbedingt notwendig, um teils Arbeitszeiten und Arbeitsmethoden beurteilen zu können. Leider fehlt es uns in der Industrie an tüchtigen Kalkulatoren. Vielmehr ändern sich in Zukunft die Verhältnisse etwas, da unser technisches Schulwesen mehr und mehr dazu übergeht, nicht nur technische Akademiker auszubilden, sondern vor allen Dingen für diese Stellen, wie: Werkmeister, Kalkulatoren etc. technisch geschulte Praktiker der Industrie zur Verfügung zu stellen. Bei aller Verehrung der theoretischen und konstruktiven Vorkenntnisse des Akademikers wird herbei gerade im Kalkulationsfach bei dem Mangel an gründlich praktischen Kenntnissen selten Brauchbares leisten. Aber selbst in dem Falle, wenn der Vorkalkulator genügend Praktiker ist, wird ihm nicht das entscheidende Bestimmungsrecht über die Höhe neuer Akkordpositionen zugesprochen werden können, weil ihm selbst dann noch die intime Kenntnis der Produktionsvorgänge fehlt. In seiner Tätigkeit wird nämlich der Vorkalkulator noch mit allen möglichen anderen Funktionen vertraut, so daß ihm beim besten Willen die Fühlung mit der Werkstatt verloren geht, die er in jedem einzelnen Falle haben müßte. Er hat Korrespondenzen zu führen, hat sich um die Einkaufspreise der Materialien zu kümmern, hat mit den Konstrukteuren zu verhandeln, kurz, wird immer nur einen Bruchteil seiner Arbeitskraft auf die Beobachtung der Produktionsvorgänge verwenden können. Deshalb sollte er bei der Fixierung neuer Akkordpreise gewissermaßen nur das Vorschlagsrecht und der Werkmeister das endgültige Bestimmungsrecht erhalten.

Leider liegen in Wirklichkeit die Verhältnisse anders. Es fällt mir nicht ein, den Werkmeisterberuf herabzusetzen. Dazu habe ich während meiner Praxis gerade als Kalkulationsbeamter die Tätigkeit des Werkmeisters genau genug beobachten können, um nicht zu wissen, daß auch für diese Funktionen die Menschen so geformt werden, wie sie der kapitalistische Welt des modernen Großbetriebes erfordert. Man findet oft recht vernünftige Leute unter den Werkmeistern, die im vertraulichen Gespräch daraus keinen Hehl machen, daß sie die Forderungen der Arbeiter als berechtigt anerkennen, daß sie diese Forderungen auch erfüllen würden, wenn es von ihnen abhängig wäre. Aber gerade bei dem Meister ist das Los des industriellen Mittelmannes am schärfsten ausgeprägt. Er steht als Preisbildner zwischen dem Arbeiter und der höheren Betriebsbürokratie, er hat Anteilfunktionen zu erfüllen und diejenigen Elemente machen als Werkmeister kann am besten Karriere, wenn sie am schärfsten Lohnbrüder sind. Die meisten Werkmeister suchen sich mit ihrer unabweisbaren und widerspruchsvollen Stellung dahingehend abzufinden, daß sie versuchen, nach beiden Seiten sich möglichst geschickt aus der Affäre zu ziehen. Die Bestimmungen ihrer Vorgesetzten haben sie zu erfüllen, suchen aber auch den Arbeiter gegenüber als Diplomaten sich zu bewegen. Besonders dort, wo tüchtige qualifizierte Arbeiter gebraucht werden, hat der Meister sich vor unwilligen Zusammenstößen mit der Arbeiterschaft zu hüten, da er nur mit einem Stamm tüchtiger Arbeiter wird auf die Dauer die Anforderungen der Lieferfähigkeit erfüllen können, die die Firma an seine Abteilung stellt. Nun hat doch ein Meister in seinem Akkordbuch die Zusammenstellungen von solchen Akkordpreisen, die ihm vorgeschrieben wurden. Der Betriebsleiter und der Kalkulator haben diese Preise zusammen „gemacht“. In dieser Zusammenstellung werden nun schlechte und gute Akkorde vorhanden sein. Bei der Vergebung der schlechten Akkorde hat der Meister immer Differenzen mit den Arbeitern, die nicht damit auskommen. Will der Meister seine brauchbarsten Arbeiter in günstigen Zeiten nicht verlieren, so sucht er „Schleibungen“ vorzunehmen. Trotz aller Kontrolle und Nachkalkulation wird es ihm immer möglich sein, Stunden „überschreiben“ zu lassen; da wird dann das Reparaturkonto belastet, die Arbeitszeit von besseren Akkorden abgeschrieben oder andere Verfügungen vorgenommen. Der Meister hat nun einige Akkorde zu vergeben, etwa nach dem Beispiel von West so hoch kalkuliert, daß die betreffenden Arbeiten sich beinahe in der Hälfte der Zeit würden ausführen lassen. Vom Arbeiter kann man schließlich im

Im Lande der aufgehenden Sonne.

Von Chagrin.

I.

Dollarland Abel!

Ueber San Francisco laucht, wie immer, Roter Sonnenschein mit herrlicher Wärme. Leicht hüpften die Vögel über die hohen Gebäude. Wie sie auf den blauen Schuppen der Wolkenhaare zu spielen. Die Vögel, die immer zur Mittagsstunde voll einsetzt, zeigte erst leicht ihr Köpchen an. In den Gassen des Goldenen Tors dröhnte das erste Rollen der herannahenden Züge. Ruhig, im glänzenden Tageslicht zeigte sich die Bai. An dem so geschäftigen Hinterland des Stadt San Francisco war es noch recht ruhig. Es schien, als ob die heiligen Geister z. B nicht erwacht seien. Nur am Fuße des Telegraphenbügels hatte das Leben schon in seiner ganzen Lebhaftigkeit eingeschlagen: die Schiffe, die in ihren Straßen hüpften, die Wagen, Karren und Wagen. Ja oder Gottesdienste, umgeben die Höhe des Berges der Mitte in gelungener Hufeisenform, hellere Plätze, die in vergangener Nacht nebelartige Gänge angefüllt hatten. Ganz hinten sah die Schiffsanleger in die beleuchteten und doch so unheimlichen Schiffsanleger. Laut, eifrig, heilig und mit heiligem Gesang wurde die neue Kirche besetzt. Die erregten Frauen ließen sich hören, daß es sich um Gottesdienst handelte, sollte ein neuer Sündenbock errichtet werden sein? Oder wurde zu irgendwelcher Festsetzung des Papstes japanischer Worte ausgeprochen?

In ihrem Kontrast zum ruhigen Stadtbild stand die Hafenlandschaft. Sie war heute noch mehr als sonst ganz Handel, ganz Fabrik, ganz Hafen. Auf den hellen, rötlichen Schiffsanlegern leuchteten glühendgelbe Wagen und schweißtreibende Menschen in rasender Eile. Ein verdorrtes, im Sonnenlicht hingerichteter, großmächtiger Solgeschilde lag sie wie ein Magnet an. Darin ein Tor, über dem die 42 mit Kleinfahrern gefüllten Karren, verfahrenen sie. Das Zentrum des gigantischen Solgeschildes war heute pechschwarz. In seine Mitte war ein kleiner Ozeanort eingeleitet: die „Mia“. Der Name Peter, der in dem Karrenort wispelte, zeigte an, daß es noch heute hinaus ging aufs weite Meer. Zwischen hohen Gebäuden hundertfach strahlte die Sonne. Die Fahrgäste wanden in Gruppen ihrer Fremde, halbwegs bis zum Meer. Hier standen junge Mädchen, die jenseits der Wände hundert auf das Wasser warteten; dort weinte eine Mutter mit ihrem Sohne, der sich

zum erstenmal hinauswagte auf den Ozean des Lebens; drüben standen junge Männer, die mit schweren Gütern ihrer Ungeduld Luft machten; überall standen Seemannsleute mit ihren Freunden oder Lieben, sich gegenseitig Rat zusprechend oder zu weiteren Taten erregend. Man sprach von baldiger Rückkehr, glücklicher Reise, lustigen Abenteuer; man dachte auch an den Tod.

Im Hintergrunde drängten sich Hunderte von Chinesen um einen langen Tisch, an dem Beamte der Japanpolizei Aktenblätter mit viel Hysterie prüften. Jeder passierende Passagier wurde peinlich mit dem Photographen, das sich auf seinen Papieren befand, verglichen, undenkmal befragt und unterzucht, ehe er auf die Gangplanken gelassen wurde. Die Ein- und Abwanderung der Akten wird in Amerika von jeder sorgfältig kontrolliert. Aber nach dem Eise Siegel, die Entlastung des Konsulatsgenerals Siegel, ihren Eifer, die asiatischen Seiten der Chinesenstadt zu New York der christlichen Kirche zuzuführen, mit dem Leben buhen mußte, ist die amerikanische Japanpolizei noch strenger, ja geradezu nervös geworden. Besonders damals, kurz nach dem Abschluß des Russisch-Japanischen Krieges, wachte sie mit allergrößter Sorgfalt über diesen abwandernden Akten, weil sie fürchtete, der Würder könnte aus dem Lande weichen. Kein Akte, der nicht sorgfältig materialisiert, durfte das Schiff betreten; selbst das mich an den Hafen geleitenden Japanern wurde der Besuch meiner Kabine durch abgeschlagen. Auch während der Fahrt wurde der Verkehr der Passagiere mit den (asiatischen) Zwischenbeständen, nach angelehrt, streng unterzucht. Die Quarantänebestimmungen wurden für jedes Boot ins Treffen geführt.

Das erste Signal der Schiffsreise heulte über Land und Wasser. Des Schiffes Pfeife war bald gelöst. Kurz einigen Stößen und Schüssen und Beben schenkte die „Mia“ in diesem Fahrwasser. Mit Rollwapp ging's die bekannte Küste entlang, durchs Gelbsee Tor hinaus auf den stillen Ozean. Bald verjäherte des heimliche San Francisco, bald entschwand auch die amerikanische Küste dem Auge.

Auf hoher See.

Nach einigen Stunden des Behaglichen hatten sich unter den Schiffsbesatzungen Gruppen gebildet, man hatte sich angefreundet (oder auch nicht). Die Passagiere ließen sich's wohl sein nach dem schweren Hafen und der Anfrage, die eine Kreise mit sich bringt. In Unterhaltung fehlte es nicht. Die Schiffsbesatzung hat, was sie konnte, um ihren Brotgebern das Leben kurzweilig und angenehm zu machen. Auf dem Kommandanten gab's Gesellschaftsspiele, im Kabinen wurde leichter gewollt, im Lesesaal stand eine

recht umfangreiche Bibliothek mit Werken in den drei Weltsprachen zur Verfügung. Regelmäßig wurden Phonographenkonzerte gegeben, auch ein Kinetograph war vorhanden; und in einem mit Salzwasser gefüllten Schwimmbassin tummelten sich Männlein und Weiblein in seltener Ausgelassenheit. Wer eine Mastur wünschte, der konnte aus einer äußerst reichhaltigen Speisekarte die Mittel dazu wählen. Die leichte Preisverhöhung für Zigarren und (alkoholische) Getränke wurde gar nicht gemerkt, denn die Passagiere hatten alle — bis auf einen — vor der Abfahrt vom Dollarland genügend Kleingeld zu sich gesteckt. Die Schiffsbesatzung setzte sich, wenn man von den ersten Stellen absteigt, vollständig aus Chinesen zusammen. Die am Tisch der lebenden Stewards (Schiffsköche) nahmen sich in ihren langen Kostümen, halbverleierten Schächeln und baumelnden Hosen allerleisest aus. Sie verrichteten ihren Dienst geduldig und pünktlich. Nur am Ende der Reise, als der unangenehme Moment der Trinkgeldspende da war, betrugen sie sich einfach unerschämte. Die Trinkgeldspende ist auf allen Schiffslinien anzutreffen, nicht zum mindesten auf den deutschen. Da werden eine Menge kleiner Dienste, Notwendigkeiten und total unnötige Gefälligkeiten erfunden, um den Geldbeutel des Passagiers zu verpfänden. Verschiedene Schiffsgeheimnisse verabsorgen gegen eine Gebühr Etwas als das sicherste, beste und angenehmste Mittel für den Geldtransport. Sehr schön. Sobald man den Schied über bei den angegebenen Stellen umschleichen will, wird man vom Zahlmeister zum Steward, von diesem zum Koch, von diesem zum zweiten Steward, von diesem zur Agentur aufs Land geführt. Jeder hat gerade zufällig kein Geld oder man wird darauf aufmerksam gemacht, daß einem eine große Gefälligkeit erwiesen wird und nicht mißzuverstehende Mienen und Gesten zeigen dem Schwerverdringenden, was gemeint ist, wenn ihm nicht gleich von vornherein ein „Keines Agto“ abgefordert wird. Man muß diesem Trinkgeldbinger gegenüber schon ganz energig aufstehen, um ihn zum Schweigen zu bringen. Kommt gar ein Unglückskrabe von einem Passagier mit einem durchgehenden Bilet auf einer Zwischenstation aufs Schiff und hat eine Kabine nicht fest belegt, so wird er in eine sogenannte „Trinkgeldquartier“ gelegt. Und obwohl eine Masse guter Kabinen frei sind, kommt er erst dann aus der Quetsche, nachdem er Ermächtigung von substantieller Beschaffenheit gezeigt hat. Aber selbst wenn die Kabine im Voraus bestimmt ist, wissen die Stewards einem nicht freigegebenen Passagier durch Ueberladung seiner Kabine und andere Tricks Geldstücke abzuknöpfen. Der Reiche grämt sich über die Trinkgeldbesetzung nicht sonderlich. Für den, der sein Geld mit schwerer Arbeit verdienen muß, ist die Sache schon bitterer.

Staat nicht verlangen, daß er zum Vergleichen des Wertes herabsteige und sich über den zu hohen Preis der Arbeit beschwert und der Arbeiter wäre ein Narr, wenn er die ihm ausdrücklich durch alle Kontrahenten konfirmierten Preise ohne Not herabsetzen würde. Er wird solche Kontrahenten zum Ausgleich von unglücklichen Umständen danken.

Deshalb hat Herr Weste Vorhölzer ganz recht, wenn er den Reformvorschlag des Herrn Weste gütlich abseht. Die Arbeiter vor allen Dingen haben keine Verantwortung, in eine Regulierung der Kontrahentenpreise selbst innerhalb des Zeitraumes von einem Jahre, wie es Herr Weste vorschlägt, freiwillig einzugehen. Der Unternehmer soll selbst dafür Vorkehrung treffen, daß richtig kalkuliert wird, daß alle Kontrahentenpreise eine möglichst gleichmäßige und gerechte Fixierung erfahren. Ich habe deshalb einen anderen „Reformvorschlag“ und richte an Herrn Weste die Bitte, vielleicht hierfür in Unternehmungskreisen seine Feder zu führen.

In einem Artikel des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften (Jahrgang 1909, Nr. 41 und 42) habe ich mich mit dem Tarifvertragsproblem in der Elektro- und im Maschinenbau beschäftigt und darzulegen versucht, daß der heutige Tarifvertrag zwischen Unternehmer und Arbeiter an sich eine Ungeheuerlichkeit darstellt, die eine Abänderung dringend notwendig macht. Wenn bei der Fixierung eines Tarifvertrages der Arbeiter dem Unternehmer gegenüber tritt, stehen sich nicht zwei freie Kontrahenten gegenüber, wie es für einen modernen Tarifvertrag doch der Fall sein sollte, vielmehr wird der Bevollmächtigte des Unternehmers, der Angestellte, mit allen fabriktechnischen Erfahrungen des Betriebes ausgerüstet. Durch Skalkulationen und Zeitstudien sind Unterlagen geschaffen, die dem Arbeiter, der den neuen Tarifvertrag abschließen soll, unbekannt sind. Der Arbeiter soll nun seine Arbeitskraft verkaufen. Eine Ware kann man aber nur dann rechtmäßig verkaufen, wenn man ihren richtigen Kaufwert kennen lernen kann. Bei dem Verkauf seiner Arbeitskraft mußte also der Arbeiter den Wert seiner Arbeitskraft selbst überschauen können. Dazu ist er nicht imstande. Der einzelne Arbeiter, mit dem der Tarifvertrag abgeschlossen werden soll, hat natürlich nur eine sehr begrenzte Uebersicht über die fabriktechnischen Einzelheiten des Betriebes; ihm fehlen die vergleichenden Untersuchungsergebnisse nicht zur Verfügung, die der Vertreter des Unternehmers, der Meister, Betriebsleiter u. s. w. in reichem Maße besitzt. Außerdem ist der Arbeiter als einzelner der wirtschaftlich Schwächere und hat sich den einseitig gestellten Bedingungen einfach zu unterwerfen. Das ist der sogenannte „freie“ Tarifvertrag, der im Großbetrieb genau ebenso frei ist, wie die Abmachung des feudalen Großgrundbesitzers mit jedem seiner Tagelöhner.

Herr Weste hat nun das Bestreben, bei seinen „Reformvorschlägen“ auch die Arbeiter zu interessieren. Ganz richtig wird von ihm erkannt, daß alle Vereinbarungen in Fragen der Lohnpolitik erst dann eine langfristige Beständigkeit erhalten, wenn sie unter Zustimmung und Mitarbeit der Arbeiter zustande gekommen sind. Deshalb sucht er auch in der Frage der verschleierten Kontrahentenpreise eine günstige Stellungnahme der Arbeiter zu erreichen. Das kann Herr Weste bequemer haben. Er braucht sich nur die Vorschläge anzusehen, die der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bereits im Jahre 1904 den Metallindustriellen gemacht hat. (Siehe Nr. 39 der Metallarbeiter-Zeitung von 1904.) Vielleicht sucht Herr Weste die Unternehmer für diese Vorschläge zu interessieren. Auf jeden Fall geht aus diesen Vorschlägen hervor, daß im Prinzip die Arbeiter bereit sind, an der Abschaffung der heutigen verschleierten Kontrahentenpreise mitzuwirken, wenn auch die „Reformvorschläge“ des Metallarbeiter-Verbandes eine andere Quintessenz enthalten, als die Gedankengänge, die uns zu diesem Thema Herr Weste entwickelt hat. Es wäre vielleicht nicht uninteressant, wenn sich Herr Weste als moderner Fabrikorganisator einmal zu der Frage äußern würde, welche Resultate die Befolgung der Vorschläge des Metallarbeiter-Verbandes für unsere Industrie bei der Abschaffung der ja auch von ihm anerkannten verschleierten Kontrahentenpreise würde. R i c h a r d W o l d t (Berlin).

Fluktuation.

fr. In Nr. 32 der Metallarbeiter-Zeitung vom Jahre 1909 habe ich in einem Artikel die Einwirkungen der Fluktuation herbeizuführen, eingehend geschildert. Eine Anzahl Ortsverbände haben sich besonders für die in meinem Artikel geschilderte vierzehntägliche Beitragskassierung interessiert und es ist bei uns wiederholt angefragt worden, wie sich diese Beitragskassierung bewährt. Nachdem wir

Der Trinkgelberpest gegenüber sollte jeder Passagier die Stellung jenes Engländers einnehmen, der zu den mit geöffneten Händen dasstehenden Schiffsmenschen sagte: „Trinkgelber gebe ich euch nicht, aber sobald ihr einmal für bessere Böhne und Abschaffung der Trinkgelber streikt, zahle ich hundert Schilling in eure Streikkasse.“

Die Yankee lieben, wenn sie aus der heimischen Umgebung hinaus sind, sich einige Staffeln höher in der gesellschaftlichen Stufenleiter festzumachen. Viele unserer Passagiere, die noch einige Tage vorher in der Kategorie der schweilenarten Hand standen, tauchten auf dem Schiff als Ingenieure oder Colonels (sprich: Kürnel, zu deutsch: Oberst) auf, um die herum noch ein halbes Duzend „Küppens“ liefen. Aber sie waren alle — minus Aufschneider und Nationalholz — jolly good fellows, so lustig und selbst als Yankee eben sein können. Der Humor der Schiffsgesellschaft konnte schwerlich besser sein. Dazu trug ohne Zweifel das herrliche Wetter bei. Sein betäubender Zwischenfall ereignete sich. Oder doch? Kurz vor Honolulu hatte ein Japaner sein irdisches Dasein an einem Schiffsdallende gehängt. Von Seekrantheit nirgends eine Spur. Der Ocean, den man den Hellen nennt, machte seinem Namen alle Ehre. Seine eiserne Krone und sein fremdbildiges Gesicht verlor er selbst auch dann noch nicht, als die Mistwölfe auf dem Schiff unheimlich laut mit Beien und Singen angingen.

Unsere Missionärgesellschaft setzte sich aus beiden Geschlechtern, allen Alters und genau so viel Glauben zusammen, als sie Köpfe zählte. Ein eigenartiges Büßchen! Sie waren alleamt gen Ästen, um die Heiden vom Aberglauben zum Glauben zu schleifen. Auf die Frage, worin der Unterschied zwischen Glauben und Aberglauben bestehe, antworteten sie mit vertauselt unverständlichen Füllchen. Entweder hielten sie die Frage für total absurd oder den Fragesteller für heillos verrückt. Ueber die Schwierigkeiten ihres Bekehrungswerkes in China wird viel berichtet. Wenn die Chinesen so schwer und selten aus freien Stücken sich den christlichen Predigern angeschlossen, so mag das vielleicht in ihrer noch unentwickelten Aufklärungslage liegen, die ihnen verbietet, den Zusammenhang zwischen christlicher Lehre und Magazinswehren, wie sie ihn um die letzte Jahrhundertwende so blutig-drahtig haben, zu erfassen. Uebrigens, warum schiden die Chinesen keine Missionäre nach Europa? In Moral und Aberglauben unterscheiden sie sich nicht von andern Völkern. Für eheliche, arbeitame, heuchlerische und nicht janakische Leute gäbe es in Europa genügend Liebeswert zu tun.

Die Missionäre erfreuen sich einer ziemlich hübschen Fahrpreisermäßigung. Sie ist ihnen zu danken. Sie sollte

diese nun ein Jahr praktisch durchgeführt haben, L'amen wie auch unsere damit gemachten Erfahrungen mitteilen.

Die Mitglieder unserer Verwaltungskasse haben dieser Neuordnung nicht unpassend gegenüber; sie fürchten, daß danach noch mehr Kollegen mit den Beiträgen zurückbleiben werden und so gerade das Gegenteil von dem eintreten würde, was wir bezweckten. Heute können wir mit Bestimmtheit konstatieren, daß die Einführung der vierzehntäglichen Beitragskassierung ein Vorteil für unsere Verwaltungskasse war. Der Hauptgrund, der gegen die vierzehntägliche Beitragskassierung ins Feld geführt wurde, war, wie schon angeführt, der, daß die Beitragskassierung und die Zahl der Restanten größer würden. Ich habe schon in Nr. 32 v. J. angeführt, daß heute schon in den Verwaltungskassen, in denen die achtzehntägliche Beitragskassierung eingeführt ist, die Mehrzahl der Kollegen nicht achtzehntägig, sondern vierzehntägig, dreißigstägig, vierwöchentlich u. s. w. bezahlt, daß also wohl eine achtzehntägliche Beitragskassierung eingeführt ist, aber keine achtzehntägige Bezahlung.

Ferner ist in meinem vorjährigen Artikel angeführt worden, daß die Mitglieder, wenn die Beiträge aller 14 Tage abgeholt werden, regelmäßig bezahlen, weil sie genau wissen, daß wenn sie einmal nicht bezahlen, der Rest gleich vier Wochen beträgt, während die bei der achtzehntägigen Kassierung eher geneigt sind, einmal nicht zu bezahlen, weil es das nächste Mal erst zwei, dann erst drei Wochen Rest sind.

Daß wir mit unserer Auffassung, bei der vierzehntäglichen Beitragskassierung würde regelmäßiger bezahlt und die Beitragsreste sowie die Zahl der Restanten sinken, recht hatten, beweisen am besten nachstehende Zahlen aus dem Jahre 1909. Am letzten Tag des Quartals waren mit dem Beitrag auf dem Laufenden oder hatten Rest (siehe die unten stehende zweispaltige Tabelle):

Die Zahl der Kollegen, die mit dem Beiträgen auf dem Laufenden waren, ist von 1721 auf 4840 gestiegen. Die Zahl der Restanten ist bedeutend geringer geworden, auch die Zahl der Restbeiträge ist bedeutend zurückgegangen. Vor Beginn der 14täglichen Beitragskassierung waren von 10 805 Mitgliedern, die durch die Beitragskassierung versorgt wurden, 7686 im Rest, das sind circa 75 Prozent, und am Ende des Jahres waren es nur 11 648 Mitglieder 5767, das sind circa 50 Prozent. Der Restbeitrag ist von 2,9 auf 1,9 pro Kopf gesunken. Auch unsere Beitragsleistung beweist, daß die obigen Zahlen stimmen, denn sie betrug pro Kopf 1905: 47,54; 1906: 46,45; 1907: 48,71; 1908: 47,27; 1909: 48,64 Beiträge.

Das finanzielle Ergebnis entspricht ebenfalls dem, was vorausgesetzt wurde. Im Jahre 1908 hatten wir für 11 700 in Betracht kommende Mitglieder 22 398,16 M. ausgegeben; das machte pro Kopf 1,90 M. Die Ausgaben würden danach im Jahre 1909 bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 12 439 12 439 x 1,90 M. = 23 634,10 M. betragen haben. Wir haben aber nur 16 143,88 M. also circa 7500 M. weniger bezahlt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Beitragskassierung außer dem Einholen der Beiträge noch eine große Arbeit durch das Mahnverfahren leisten konnten, die bei der achtzehntäglichen Beitragskassierung nicht zu leisten möglich war.

Das Doppeltragen (zwei Nummern zusammen) der Zeitung ist auch auf keinerlei Schwierigkeiten gestoßen; für die Mitglieder, die die Zeitung wöchentlich haben wollten, haben wir in einigen Bezirken Abholstellen errichtet. Hier können die Zeitungen sofort am Tage nach dem Eintreffen abgeholt werden.

Alles in allem: die 14tägliche Beitragskassierung hat sich sehr gut bewährt. Der Hauptgrund zu ihrer Einführung war für uns, mit den Beitragskassierern das Mahnverfahren besser zur Durchführung bringen zu können. Wenn dabei noch eine Ersparnis von 7500 M. zu verzeichnen ist, so kann diese Summe im Interesse der Mitglieder wieder ausgegeben werden. So können zum Beispiel die wegen Arbeitslosigkeit ausgekehrten Kollegen unter bestimmten Voraussetzungen vom Tage der Auslieferung an noch mehrere Wochen Unterstützung erhalten. Und dies dürfte auch dazu beitragen, die Mitglieder noch mehr an unsere Organisation zu fesseln, was jedenfalls kein Nachteil für sie ist. Wenn die Mitglieder sehen, daß ihnen etwas geboten werden kann, werden sie sich mit der Einführung der vierzehntäglichen Beitragskassierung, die ihnen ja keinerlei Nachteil bringt, leichter abfinden. Die Möglichkeit der vierzehntäglichen Beitragskassierung ist aber auch ein Fingerzeig für die Verwaltungskassen, die noch keine angefertigten Beitragskassierer haben (weil die Ausgaben dafür sehr hoch sind), sich mit der Frage des Einholens der Beiträge durch angestellte Beitragskassierer zu befassen. Die Durchführbarkeit

ist vorhanden, das einzige, was dagegen einzuwenden werden kann und auch einzuwenden wird, ist: „Was uns machen die Mitglieder nicht mit.“ Natürlich ist es bei jeder Neuordnung Kollegen, die dagegen sind, aber auch sehr betrüblich zu erleben, wenn sie einsehen müssen, daß die Neuordnung einen Vorteil für die Organisation bedeutet.

Das Wahrscheinlichste, das wir zur Vermeidung der Situation eingeführt haben, hat sich gleichfalls gut bewährt. Die Durchführung ist uns sehr erleichtert worden, weil die Beitragskassierer infolge der vierzehntäglichen Beitragskassierung die Möglichkeit haben, alle Mitglieder, die wegen krank eines Grundes gestrichen werden sollten, erst noch einmal persönlich aufsuchen können. Die Arbeit, die zur Erledigung des Mahnverfahrens notwendig war, ist aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Quartal	Kollegen wurden o. Kassierer außer der Lour aufgesucht			Kollegen mußten dem Mahnverfahren überlassen werden			Summa
	In Summa	davon angetroffen	davon Erfolg	wegen Restieren	wegen Umzug	wegen Ausritt	
I.	444	378	323	218	58	101	407
II.	810	714	684	250	120	40	419
III.	915	785	618	254	110	57	421
IV.	887	716	542	342	110	48	509
	8056	2598	2001	1094	407	255	1768

Quartal	wegen Restieren		wegen Umzug ohne Werbung		Freiwillig, Austritt		Summa			
	mit Erfolg	ohne Erfolg	aufgefunden	nicht aufgefunden	mit Erfolg	ohne Erfolg				
I.	160	53	219	45	7	45	29	60	89	
II.	188	51	239	75	29	75	104	17	29	46
III.	161	112	263	68	53	68	121	20	43	68
IV.	182	85	267	90	21	90	111	18	25	43
	681	301	982	278	113	278	301	84	157	241

Quartal	Im ganzen erledigt			Persönlich aufgesucht wurden im ganzen		Durchs Bureau konnten erledigt werden
	mit Erfolg	ohne Erfolg	Gesamtsumme	durch Kollegen	durch Vertrauensleute	
I.	234	120	354	285	215	86
II.	280	109	389	110	108	136
III.	288	208	447	110	104	184
IV.	290	134	424	62	55	147
	1048	571	1614	517	482	508

Die Zahlen sind jedenfalls sehr interessant. Die Beitragskassierer haben 3056 Mitglieder außer der Lour aufgesucht. Von 982 Kollegen, die wegen Beitragsrest gelassen werden sollten, sind 681 mit Erfolg gemahnt worden. Besonders interessant sind die Zahlen über Umzug ohne Werbung: Von 278 Kollegen wurde die Wohnung festgestellt und alle diese Kollegen haben weiterbezahlt. Hier ist auch das, was ich in Nr. 32 v. J. geschrieben, voll bestätigt worden. Die Mitglieder, die umziehen, ohne sich zu melden, sind keine Restanten über sechs Wochen, sonst würde der Kassierer nicht mehr hingehen. Es sind Mitglieder, die meistens aus Unwissenheit ihren Umzug nicht melden oder die Meldung von einer Woche auf die andere verschieben. Wenn es uns nun gelingt, die neue Wohnung dieser Mitglieder sofort festzustellen, so daß der Beitragskassierer hingehen kann, dann zahlen sie auch weiter. Dadurch, daß wir von circa 60 Prozent der Mitglieder wissen, wo sie arbeiten, ist es durch unsere Vertrauensleute leicht, die neue Wohnung festzustellen. Von 391 wurden 278 aufgefunden und diese zahlten auch weiter.

Bei den Kollegen, die „freiwillig austraten“, ist der Erfolg ein geringer. Es liegt dies in der Natur der Sache. Die einen werden selbständig, die anderen bekommen eine Stelle als Meister oder Arbeiter und treten aus, um diese „Lebensstellung“ nicht zu versterken. Andere wieder treten wegen persönlicher Streitsachen aus oder weil sie aus Unkenntnis des Verbandsstatus benachteiligt zu sein glauben. Immerhin sind von 241 Kollegen, die ihren Austritt erklärt hatten, 84 in der Organisation geblieben.

Monat	Auf dem Laufenden	Wochen Rest												Über 13 Wochen Rest		Summe d. Restbeiträge	Höht der Restanten			
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	Kollegen			Wochen		
Januar	1993	1721	1360	1061	807	621	428	364	301	187	148	95	87	96	162	2690	31784	2,90	7686	
März	2901	1725	1205	892	632	567	409	312	221	168	112	79	53	48	180	3009	27217	2,45	6698	
Juni	3178	1599	1211	858	769	539	453	368	301	191	138	97	77	71	195	3579	30108	2,70	6864	
September	3744	1648	1348	953	791	568	434	270	282	156	130	92	78	80	186	2998	28236	2,45	6939	
Dezember	4940	1743	1032	691	611	405	301	243	177	116	96	84	60	61	129	2876	22919	1,80	5767	
		2357	22	828	370	196	416	127	121	124	71	52	11	27	15	33	314	9465		1869

nach größer sein, wenigstens für die Ausfahrt; für die Rückfahrt sollte aber dafür ein hundertfältiger Preisaufschlag gemacht werden.

Auf Hawaii.

Am sechsten Tage erreichte der Ruf: Land! Die erste der Sandwichinseln kam näher. Einige Stunden später legten wir in Honolulu an. Die Eingeborenen kamen schon in kleinen Rähnen entgegen. Im Hafen umschwebten das Schiff eine Anzahl brauner Gejellen, die den Passagieren ihre Kunst im Tauchen zeigten. Jedes Gesicht, das von Bord hinunterstieg, brachten sie fehllos aus der Tiefe heraus.

Die Inselgruppe besteht aus sieben großen und einer Anzahl winziger Inseln. Sie wurde 1778 von dem berühmten Segler Cook entdeckt. Die ersten Handelsbeziehungen knüpften 1786 von Amerika nach China jegelnde Pelzhändler an. Im Jahre 1791 wurden die Inseln unter Kamehameha I zu einem Königreich vereinigt. 1819 wurde die Wollhandlung offiziell abgelehnt, um ein Jahr später die Lehren und Sitten amerikanischer Missionäre lernen zu lassen. Amerika warf besterliche Blicke auf die strategisch so ungeheuer wichtigen Inseln. Aber erst 1898 sollten sie vollständig zum Besitz der Vereinigten Staaten kommen. Neben seinen strategischen birgt Hawaii auch noch gewichtige wirtschaftliche Vorteile. Sein Klima ist allen Früchten der tropischen und gemäßigten Zone günstig. So ziemlich die ganze 16 916 Quadratkilometer große Fläche weist üppige Vegetation auf. Die hauptsächlichsten Produkte sind Reis, Zucker und Tee neben Kokosnüssen, Orangen, Bananen und Ananas. Die Bevölkerung setzt sich aus 154 001 Köpfen zusammen, darunter sind 25 767 Chinesen und 61 111 Japaner. Diese Zahlen sind von 1900. In Wirtschaft ist heute der Prozentsatz der Flächen absolut und relativ bedeutend höher.

In der nächsten Umgebung der Stadt Honolulu haben sich massige Bergmassen ab. Der mächtige Vulkan Kilauea, der größte aktive Vulkan der Welt, war leider vom Schiff aus nicht zu erspähen. An den Ufern erblüht das Auge weite, grüne Gefilde mit tropischem Charakter. Palmen, Kokospalmen, Bananen steht man allenthalben. In den Straßen wimmeln alle Rassen und Nationen. In Klein-Japan hielt ich mich stundenlang auf, um exakte Daten über den die ganze Insel in Atem haltenden Zustand der Plantagenarbeiter zu sammeln.

Nach eintägiger Rast ging's weiter, japanwärts. Manche der Passagiere hatten ihren Vorrat aus den Läden Honolulu erschöpft. Kaum wieder in frischem Fahrwasser, konnten die Robeduppen beider Geschlechter ihren Land wieder voll anhängen und

sich damit in den Sitzungen des Vereins für gegenseitige Bewunderung vorstellen. Täglich dreimal die Kläder wechseln auf hoher See, kann den Humor gründlich aufheben. Wenn diese Robenartei noch einige Zeit weiter dauert, müssen Parallelschiffe engagiert werden zur Fortschaffung der Garderobekisten.

Das „größte Land der Welt“ hat keine Hochseeschiffe.

Das Sternenhanner weht selten auf hoher See. Onkel Sam hat keine großen Schiffe. Der patriotische Yankee spricht nicht gerne über diese betrübende Sache. Er kann zwar nicht genau sagen, worin die Ursache dieses das nationalholze Herz in Wallung bringenden Zustandes liegt. Jedenfalls weiß er nicht, daß sich im Zollamt ein kleiner „Yoker“ befindet, der das herrliche Land um eine Hochseeflotte bringt. Im Zoll befindet sich ein Paragraph, der mit vielen Präsen sagt: Jedes unter amerikanischer Flagge segelnde Schiff muß in Amerika gebaut sein. Diese Bestimmung haben die Gesetzgeber mit weitem Herzen und noch weiteren Tischen zugunsten einer Schiffswerft getroffen. Natürlich will die Welt das Geld, das ihr die Aufnahme dieser Bestimmung kostet, wieder tausendfältig hereinholen. Daneben hat der Stahltrakt für den Inlandtransport höhere Preise. Dadurch wird der Schiffbau viel teurer als im Ausland. Die Unternehmer behaupten zwar, die hohen Arbeitslöhne wären das Uebel, dies seien dreimal höher als in Europa. Das mag schon so sein. Aber, da überall behauptet wird, der amerikanische Arbeiter schaffe dreimal mehr als sein schlecht bezahlter Kollege im Ausland, so muß das Argument der Unternehmer von beträchtlicher Wichtigkeit sein.

Wie dem nun auch sei, Amerika hat keine Hochseeschiffe. Die amerikanischen Kapitäne ziehen es vor, ihr Geld in Schiffbau anhalten im Ausland anzulegen. Die Waren des Onkel Sam segeln unter fremder Flagge über das Weltmeer. Die kleinen Schiffe, die unter dem Sternenhanner Küstendienst tun, erfreuen sich eines besonderen Vertrauens. An der Westküste möchte jeder die „Tubs“ (Wachströge) meiden. An der Ostküste ist seit der Beendigung des „General Locum“ mit seiner Menschenfracht der Ruf der amerikanischen Schiffe auch nicht sonderlich hoch.

Unser Schiff, obwohl es einer amerikanischen Gesellschaft gehörte, segelte unter englischer Flagge. Es zählt zu den kleinsten der Gesellschaft. Ueber seine Seetüchtigkeit und praktische Bauart herrichte unter den Passagieren nur eine Stimme. Es brauchte uns pünktlich und wohlbehalten an die Küste Japans.

Metallarbeiter.

Chemnitz. Der Oberalt Steinhilber, Spinnereimaschinenfabrikant, hat im vorigen Jahre eine neue Fabrik errichtet, in der er sehr tüchtig arbeitet. Die Firma heißt zum Ehren im Oben wieder Steinhilber, trotzdem von denen, die zu Ostern 1909 als Dreherlehrling eintraten, zwei bis jetzt noch keine Dreherarbeit haben. Einer arbeitet an einer Schraubendrehmaschine, der andere wird bei einem Monteur beschäftigt. Als ein Dreher aufhörte, fragte der Monteur den Meister Steinhilber, ob der Lehrling die frei gewordene Dreherarbeit bekommen könnte. Er erhielt zur Antwort, er solle machen, das er weitgehend, sonst bekäme er Stellen. Es ist schon vorgekommen, daß Lehrlinge, wenn sie zu spät kamen, vom Meister Steinhilber mit Prügeln bestraft wurden. Jetzt ist ein Anschlag erfolgt, der besagt, daß 50 S. Strafe zu zahlen sind, wer seine Maschine nicht ordentlich putzt; verlangt aber jemand Pulswolle, gibt der Meister zur Antwort: „Ach, was brauchen Sie Pulswolle, so groß wie zwei Hüfte.“ Als ein Dreher dort zu arbeiten anfing, fand er in seinem Werkzeugakasten nur einen Mutterstift. Der Meister fuhr ihn aber an: „Na, nur los, los!“ Der Dreher antwortete, daß er ohne Werkzeug doch nicht arbeiten könne, worauf ihm der Meister Steinhilber zwei ganz kurze Stäbchen gab, so daß diese nebst einem Mutterstift das ganze Dreherwerkzeug darstellen. (Später hat er dann noch weitere Stäbchen bekommen.) Ein Schlosserlehrling brachte seinen eigenen Hammer mit, weilere Werkzeuge hat er nicht. Ein anderer Arbeiter hat sein eigenes Windweifen mit in die Fabrik gebracht, um arbeiten zu können. Ein Sandarbeiter, der die Aufkemmungsarbeiten verrichten muß, war verpflichtet, für sein Geld eine Schaufel zu kaufen. Zu mehreren Schloßern, die Stellen verlangten, sagte Meister Steinhilber: „Zu was brauchen Sie Stellen, machen Sie nur erst ein Schloß an Ihren Kasten.“ (In den letzten Tagen sind Schloßer angemacht worden.) Ein Schlosser arbeitet dort seit jetzt einem halben Jahre; als Werkzeug hat er bis jetzt nur 4 Feilen, 1 Hammer und 2 Meißel erhalten, er muß sich mit dem behelfen, was ihm der Monteur vorlegt. Es soll aber doch viel fertig werden; die Antreiberei ist außerordentlich groß. Der Bruder des Meisters ist dort Monteur, er arbeitet in Ostern und beschäftigt 4 bis 5 Gesellen und 6 bis 7 Lehrlinge. Dieser Mann brüht sich oft als guter Patriot. Der Meister bedient die Arbeiter mit „Bummel“ und sonstigen Lebensnützigkeiten. Der Vorarbeiter Böhm in der Modellschloßerei stellt sich — wenn das Wollensgehen zum Anfangen gegeben wird — auf die Galerie und beobachtet, wie angenommen wird, die Arbeiter, ob sie zur Stelle sind. Der große Speisesaal war für diesen Herrn nicht angenehm genug, er verlangte deshalb für die Monteur einen besonderen Aufenthaltsraum, den sie auch erhalten haben. Die Unzufriedenheit in der neuen Fabrik ist sehr groß, denn die Worte sind in den letzten drei Monaten, wo die Firma im Betrieb ist, noch nicht geäußert worden, der Speisesaal wird nur Sonnabends geheizt. Die Maschinenenteile im Betrieb stehen derartig umher, daß die Unfallgefahr vermehrt wird. Den Arbeitern ist es schwer möglich, Abfälle zu schaffen, denn die Zahl der Organisten ist sehr gering. Am liebsten holt sich Meister Steinhilber Leute von Weibau, wo der Betrieb stiller war. Wenn diese Arbeiter darum angehalten werden, sich dem Verband anzuschließen, geben sie gewöhnlich zur Antwort, erst noch warten zu wollen. Dem Meister Steinhilber verspricht fast jedem, der dort in Arbeit tritt, daß er halb auswärtiger Monteur werden soll. Aber viele lernen einsehen, daß es besser ist, dem Betrieb den Rücken zu kehren als auf die angebotene Monteurstelle zu warten. Die Kollegen, denen Stellung bei Oswald Steinhilber angeboten wird, ersehen hieraus, in welches Dorado sie kommen, wenn sie dort in Arbeit treten.

Erfurt. Am 17. Januar wurde hier eine gutbesuchte Versammlung für die in den Lampenfabriken beschäftigten Arbeiter abgehalten. Kollege W o f f (Hölle) referierte. Redner gng des näheren auf die allgemeine Lage in der Lampenfabrikation ein. Deren Lage sei in den letzten Jahren keine ruhige zu nennen gewesen. Die steuerpolitische Entwicklung, die Krisenzeit und die entstandene Konkurrenz hätten auch die Lampenindustrie ungünstig beeinflusst. Aber immer seien die Unternehmer bestrebt gewesen, die Lasten auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Wenn nun Erfurt nicht so stark unter der Krise zu leiden gehabt habe, so lag das daran, daß die Fabrikanten bestrebt gewesen sind, die Konkurrenz durch billige Ware zu verdrängen. Billige Ware könne aber, da man die Rohprodukte hier nicht billiger bekommt, nur durch möglichst geringe Löhne und recht große Leistung der Arbeiter erreicht werden. Daß die Verhältnisse der Arbeiter der hiesigen Lampenfabriken keine ruhigen zu nennen seien, gehe aus einer vom Deutschen Metallarbeiter-Verband herausgegebenen Haushaltungstabelle hervor, nach der ein Arbeiter einer hiesigen Lampenfabrik seine Lage folgendermaßen schildert: „Ich bin nun bereits 22 Jahre in Lampenfabriken beschäftigt; in jetziger Fabrik 13 Jahre. Solange ich mich bestimmen kann, haben wir hier in Erfurt immer zu tun gehabt; die Lampenfabriken sind alle aus kleinen Buden Großbetriebe geworden. Lange Arbeitszeit (1 1/2 Stunden), in enger Lohn haben viel dazu beigetragen, die Herren Fabrikanten reich zu machen. Die letzten fünf Jahre haben sie ja den verschiedenen Anführern seitens des Verbandes Rechnung tragen müssen, die Löhne etwas aufgebessert und die Arbeitszeit vergrößert. Da wir nun viele Ueberstunden haben machen müssen, haben wir immer einen Verdienst gehabt, wo man bestehen konnte. Die Lebensmittelpreise und Wohnraumkosten waren im Grunde genommen (einige Ausnahmen abgesehen) nicht hoch. So kam es, daß ich mir im Laufe der Jahre noch einen Sparfennig anzusparen konnte, trotzdem ich eine kranke Frau hatte und aus keiner Kasse etwas erhielt, als sie starb. So kam das Jahr 1908 her an. Es ist viel geschrieben worden über die Krise, aber ich immer, wie ich in Erfurt, ist sie wohl nirgends empfunden worden. Sie werden das vielleicht bezweifeln, aber es ist so. Zum Teil kommt es davon her, weil hier noch sehr wenige organisiert sind. Das Jahr 1908 ist im wahren Sinne des Wortes für manchen ein Hungerjahr geworden, und auch für mich; mein Sparfennig Guthaben ist hin bis auf den letzten Pfennig. Das letzte Spargeld haben wir die Feiertage bis nach Neujahr verbraucht. Wir mußten am 21. Dezember aufhören zu arbeiten und konnten erst am 4. Januar wieder anfangen. Bis es besser wird, kann noch eine gute Zeit vergehen, und kommt dann diese gute Zeit, dann kann ich wieder von vorne anfangen.“ — Die Fabrikanten sind also zu reichen Männern geworden, sie haben daran denken können, ihre Betriebe zu vergrößern, um noch mehr Reichtum zu erzielen. Die Arbeiter aber verdienen nicht so viel, um ordentlich leben zu können. Redner weist durch statistisches Material die Verteuerung der Lebensmittel nach, wodurch die Lebensbedingungen bedeutend verschlechtert worden sind. Schon aus diesem Grunde müßte der Lohn der Arbeiter gesteigert werden, der jetzt nicht ausreicht sei. Die hiesigen Betriebe seien von der Saison beeinflusst. Sobald die Saison da ist, muß Tag und Nacht gearbeitet werden, sobald aber die Produktion nachläßt, dann wird vom Unternehmer oder Meister alles herbeigeholt; der Arbeiter schwebt immer in Gefahr, auf das Straßepflaster geworfen zu werden. Der Glaube, durch langjährige Tätigkeit im Betrieb vor Entlassung geschützt zu sein, kommt dann bei den Starbgläubigen ins Wanken. Dieses lehre ein Fall bei der Firma K l o p f e l & S o h n. Diese Fabrik ist eine der ältesten am Orte, sie zählt aber auch die niedrigsten Löhne. Beschäftigt werden jetzt 40 Personen. Diese Fabrik ist vor nicht langer Zeit in die Hände des Herrn S e l m i t z übergegangen. Ein Meister, der 33 Jahre im Betrieb tätig war, mußte einer jüngeren Kraft Platz machen. Man bot ihm statt seines bisher erhaltenen Lohnes von 30 M. einen solchen von 16 M. Und da er damit nicht zufrieden war, konnte er gehen. Der Mann ist vor Aufregung krank geworden. Frau wird der Glaube an eine gerechtere Entlohnung bis ins hohe Alter hinein verloren gegangen sein. In diesem Betrieb werden Löhne gezahlt von 25 bis 45 S., es werden aber wenige den letzteren Lohn erhalten, denn es soll niemand mehr als 40 S. verdienen. Um Arbeit nachfragenden Gürtlern werden 30 bis 35 S. und Schloßern 35 bis 40 S. gezahlt. Ein Arbeiter aus Hindersleben (1 1/2 Stunde von Erfurt) läuft schon vierzig

Jahe lang Tag für Tag in die Fabrik, er hat 15 M. pro Woche. Um aber den Arbeiter „noch zu hinter“, erhalten die Arbeiter nach sechs Wochen ununterbrochen Tätigkeit im Betrieb aus einer Unterhaltungsstelle ein „Werkzeug“ von 10 M. Wert, das jährlich um 5 M. steigt. Daß sich Arbeiter durch ein solches „Werkzeug“ einlassen lassen, sollte man nicht glauben. Die Arbeiter dieser Fabrik haben sich aber trotz dieser Mahnung nicht um die Organisation gekümmert. Auch bei der Firma S e l m i t z & S o h n n haben sich die Arbeiter noch sehr wenig um die Organisation gekümmert, und doch tut dies dringend not. Die Arbeiterpreise sind bei der Firma im allgemeinen schlecht, hauptsächlich in der Petroleumabteilung. Die vor Weihnachten mußten Ueberstunden gemacht werden, jetzt werden jeden Tag Entlassungen erwartet. Die S e l m i t z e r arbeiten jetzt Weihnachten nur noch 8 Stunden täglich. Was die Behandlung betrifft, so kann in der Glasererei, Schloßerei und Montage nicht gelagt werden. Diese Abteilungen sind ganz dem Meister überlassen, um sie kümmert sich der Fabrikant weniger. Anders in der Petroleumabteilung. Hier führt der Chef das Reglement und es fehlt nicht an gräßlichen Schimpfworten. Die Arbeiter werden hier mit „Du“ angeredet. Einen Widerspruch kann der Unternehmer nicht ertragen. In dem Betrieb von S e l m i t z & S o h n gab es vor Weihnachten diese Ueberstunden, jetzt werden die Arbeiter schikaniert. Der Meister wiederum kann sich nicht daran gewöhnen, mit den Arbeitern so zu verkehren, wie es gewünscht werden muß. „Großschneuzen“, „Murrer“, „Lautjungen“ und dergleichen Rebenarten bekommen nicht nur die jüngeren, sondern auch die älteren und verheirateten Arbeiter zu hören. Selbst während der Pausen verbot der Mann den Arbeitern das Sprechen und er drohte, bei Wiederholung die „ganze Band hinauszuwerfen“. Der Verdienst in diesem Betrieb ist auch nicht so, daß man über Grobheiten hinwegsehen könnte. Speziell die jüngeren Kollegen sollten etwas mehr Rücksicht zeigen und sich die Behandlung nicht gefallen lassen. In der K l e m p n e r e i wurde hauptsächlich über die Garberode und schlechte Ventilation gellagt. Bei E. A. K l e m m a n n werden jetzt Abzüge vorgenommen. Auch wird über schlechte Ventilation in der Schmiede gellagt. Der Rauch zieht nach der Dreherei und ist es hier oft kaum zum Aushalten. Die Firma K l e m m a n n & S e l m i t z hat den größten Betrieb am Orte. Auch bei ihr sind schlechte Akkordpreise vorhanden und es ist deshalb ein starker Arbeiterwechsel zu verzeichnen. In der Glasererei ist es den Arbeitern trotz angestrengter Arbeit nicht möglich, einen halbwegs anständigen Lohn zu verdienen. Es kommt vor, daß verheiratete Leute bei 60stündiger Arbeitszeit mit 17 M. nach Hause gehen. In der Montage (schonamt der Lohn zwischen 30 und 45 S.) die Stunde. In der Drücker sind die Verhältnisse etwas besser, keineswegs aber gute zu nennen. In der Schmelzwerkstatt sind die gleichen Verhältnisse. In der Verzinnererei muß besonders die schlechte Behandlung durch den Betriebsleiter hergehoben werden. Kraftausdrücke wie: „Schjen“, „Dumme Schweine“ und dergleichen sind an der Tagesordnung. Die Behandlung der Arbeiter in der dem Meister Untertan unterstellten Abteilung soll auch schlecht sein. Sein Auftreten hebt seine Autorität durchaus nicht. Aber auch die Herren Chefs sollen sich besser „Kraftausdrücke“ bedienen. Ein Arbeiter sah eines Tages den Chef einmal nach, als dieser durch die Bude ging. Das bemerkte Franz K ä m m e r jun. und er rief seinem Vater zu: „Stehst du, Papa, das sind die Tagelöhne, die uns das Geld aus der Tasche stehlen.“ Der Arbeiter wurde am selben Tage entlassen. Wobin die Firma wohl reich geworden ist, wenn ihr die Tagelöhne das Geld aus der Tasche stehlen? Viel hätte noch erwähnt werden können, jedoch mußte sich der Redner wegen der Zeit beschränken. Schuld an den traurigen Verhältnissen in den Betrieben tragen zum größten Teil die Arbeiter selbst durch ihre Gleichgültigkeit. Ob sich den Arbeitern zurechnen lassen: „Organisiert euch! Schließt euch zusammen!“ Der Ruf ist bei vielen ungehört verhallt. Nur deshalb konnten die Mißstände eintreten. Wollen die Arbeiter der Lampenfabriken ernstlich eine Verbesserung ihrer Lage, wollen sie, daß ihre Wünsche berücksichtigt und die Behandlung eine bessere werden soll, so kann dies nur erreicht werden durch Eintritt in die Organisation, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Mögen die Arbeiter diese Worte beherzigen, dann können wir auch für die Arbeiter der Lampenfabriken bessere Verhältnisse schaffen. Unsere organisierten Kollegen aber mögen durch festes Zusammenhalten, durch unermüdete Agitation dazu beitragen, die uns noch Fernstehenden zu gewinnen.

Leonberg bei Stuttgart. Seit zwei Jahren existiert hier eine Maschinenfabrik von W e i ß & S o. Diese Firma sucht in Zeitungen und durch das Arbeitsamt tüchtige Maschinenchloßer, Verheiratete werden bevorzugt. Ein verheirateter Mann ist aber auch keine Stunde sicher vor der Entlassung, da die Firma, wie es scheint, von einer Kündigungsfrist nichts weiß. Die Arbeiter werden mit Vorliebe in Akkord vergeben, dieser ist aber berat angelegt, daß in den meisten Fällen wenig dabei herauskommt. Sollte Meister F ä h r i n g e r den Akkord selbst ausführen, würde er wohl auf einen sehr geringen Verdienst kommen. Oder sollte er Angst haben, es könnte ein Arbeiter mehr verdienen als er? Der Wechsel der Arbeiter ist groß, den nächstfolgenden wird dann gesagt, daß diese Arbeit „um den Preis gemacht wurde“ und ein schöner Verdienst erzielt worden sei. An Werkzeug fehlt es und das vorhandene ist sehr primitiv. Dreher und Hobler müssen viel Zeit am Feuer zubringen, um ihre Stahlstumpen zurechtzuschneiden. Das ist mit Gefahr verbunden, da nur zwei schlechte Jangen da sind. Vor kurzem mußte einem Dreher die Nase zusammengedrückt werden, da ihm ein Stahlstumpen ins Gesicht flog. Dem Hobler wurde zugemutet, er solle zwei solche Stumpen zusammenhaken, damit er einen längeren Stahl habe! Das Straßensystem ist derart im Schwunge, daß für jede Kleinigkeit bestraft wird. Man hat schon Leute bestraft, die punkt 7 Uhr in das Geschäft kamen. Eine Arbeitsordnung fehlt. Die Wascheinrichtung spottet jeder Beschreibung, an Beleuchtung und Heizung fehlt es. Die gesetzliche Arbeitszeit für die Lehrlinge wird nicht eingehalten. Die Lehrlinge müssen wie die Arbeiter meistens auch alles bezahlen, was ihnen kaputt geht. Für Ueberstunden, die oft geleistet werden müssen, werden keine Prozente bezahlt. Sagt dann ein Arbeiter etwas oder er verlangt mehr Lohn, dann geht die Zammerei los: „Es wird nichts verbietet.“ Das Geschäft wäre natürlich viel leistungsfähiger, wenn ein richtiger Praktiker vorhanden wäre. Wie man sonst noch mit den Arbeitern umspringt, zeigt sich darin, daß ein verheirateter Mann nach zitta vierwöchiger Krankheit, als er wieder anfangen wollte, entlassen wurde. Den Kollegen raten wir, fest und treu mit dem Verbands zu arbeiten und ihm jeden noch abseits stehenden Kollegen zuzuführen.

Leipzig i. B. In einer am 22. Januar abgehaltenen, zahlreich besuchten Versammlung referierte Kollege S a c h s aus Dresden über: „Die Entwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“. An der Hand zahlreicher Materials führte der Referent den Anwesenden vor Augen, welche schweren Kämpfe es gekostet hat, unsere Organisation auf die Höhe zu bringen, wie sie gegenwärtig dastehet. Er schilderte auch, wie durch die Gründung einer einheitlichen Zentralorganisation im Jahre 1891 in den Reihen der Arbeiter schwere Bruderkämpfe entzündet wurden, die aber dank der unermüdeten Arbeit der Gründer der Zentralorganisation bald an Bedeutung verloren haben. Es zeigen sich ja heute noch solche Ueberbleibsel, die der Zentralorganisation hindernd im Wege stehen. Nicht allzufern wird aber die Zeit mehr sein, wo diese Ueberbleibsel von den mächtigen gewerkschaftlichen Wogen hinweggespült werden. Der Redner erläuterte ferner das Unterstüßungswesen und die Summen der Unterstüßungen, die in den letzten Jahren im Deutschen Metallarbeiter-Verband eine enorme Höhe erreicht haben. Mit einem kräftigen Appell an die anwesenden Kollegen, unsere Organisation immer mehr auszubauen und nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis der letzte Metallarbeiter unserer Verbands zugeführt ist, schloß der Referent seine trefflichen Ausführungen. Auch wir möchten unsere Kollegen an dieser Stelle noch ermahnen, die Worte unseres Delegierten zu beherzigen und tatkräftig mitzuarbeiten, damit wir auch hier zu besseren Verhältnissen gelangen können. Gerade die vergangenen Tage zeigten uns, daß wir hier noch ein großes Feld zu bearbeiten haben und daß wir noch mehr Erfolge in puncto Aufklärungsarbeit erzielen können. Wir haben jetzt die

Nur den hiesigen Ort hatliche Zahl von 60 Mitgliedern überstritten und nun nach jeder Kollege (das Stadt stücken, damit das erste Gendert dort erricht wird. Redner, auf die Verbandsarbeit, auf zur Agitation hoch der Deutsche Metallarbeiter-Verband!

Würgburg-Bez. Das Unternehmen nach erfolgreicher Agitation einer Arbeiterorganisation eine grundlegende Änderung ihres Organisationsystems vornehmen, diese Aufgabe ist nicht oft zu bewältigen. Doch ist dies bei der Maschinenfabrik von K ö n i g & S a u e r geschehen. In diesem Betrieb war bis jetzt ein Ueberstüßungssystem vorhanden, wonach der größte Teil der Arbeiter vorher nicht wußte, was er verdienen würde. Ueberrechnete wurde vierteljährlich, dann erst erfuhren die Arbeiter, was sie verdient hatten. Schon seit Jahren wurde von uns versucht, die Arbeiter für den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu gewinnen, aber alle Mühe war vergebens, nicht einmal die Versammlungen besuchten die Kollegen. Als wir aber im vorletzten Herbst mit der Agitation wieder erneut einsetzten, war ein vollständiger Umschwung eingetreten. Die Versammlungen waren gut besucht und eine große Zahl Aufnahmen war der Erfolg. Diese Tatsache genügt der Direktion, um ihr eigenwilliges Lohnsystem durch ein Zeilohnsystem zu ersetzen. Hier ist nun den Arbeitern der Firma König & Bauer der Weg vorgezeichnet, den sie gehen müssen, wenn sie bessere Verhältnisse an Stelle der jetzigen gesetzt haben wollen, und dieser Weg führt in die Organisation. Wir werden uns ein andermal noch eingehend mit den Verhältnissen in diesem Betrieb beschäftigen. Unseren Kollegen rufen wir aber heute zu: Halte treu und fest zur Organisation, denn mit der Zeit wird die Mehrzahl eurer Kollegen der Organisation beigetreten sein und dann hasti ihr es in der Hand, eure Verhältnisse so zu gestalten, daß sie modern genannt werden können.

Schmiede.

Breslau. In der Brancherversammlung der Schmiede, Metallschmiede und Hilfsarbeiter, die am 23. Januar im Gewerkschaftshaus abgehalten wurde, hielt zunächst Genosse Albert einen Vortrag. Darauf verbreitete sich der Branchenleiter Frank über die Aufgaben für das Jahr 1910 bei der Schmiedebewerftägigen Arbeiter. Er führte aus, daß im Schmiedegewerbe noch gar manches zu besser wäre, die Lohn- und Arbeitsbedingungen seien gerade nicht die besten. Die wirtschaftliche Krise habe auch in diesem Beruf tiefe Wunden geschlagen, die Arbeitslosigkeit sei eine gar große gewesen. Die Ausgabe für die Erwerbslosen hatte sich im verfloßenen Jahre sehr gesteigert. Erst kürzlich wurde ist die Zahl der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Schmiede nicht zurückgegangen, sondern habe sich noch erheblich vermehrt. Jetzt sind hier im Verband nahezu 600 Schmiede, Metallschmiede und Hilfsarbeiter organisiert. In unserer jetzigen wirtschaftlichen Lage, wo die Unternehmer zentral vereinigt sind, müssen auch die Arbeiter in Fabrikverhältnissen zusammengeschlossen sein. Jeder aufgeklärte Arbeiter müßte das einsehen. Eine einzelne Berufsorganisation könne es mit dem Unternehmertum nicht mehr aufnehmen, diese Zellen hätten aufgebört. Zu ihrem Nachteil marschieren die Schmiede noch getrennt. Es läge ihm fern, die Bruderverorganisation irgendwie bekämpfen zu wollen, aber das müßte er doch sagen, daß an der Zersplitterung doch nur die Unternehmer eine Freude haben. Wo könnte heute noch eine Berufsorganisation einen erfolgreichen Kampf um Verbesserung der Lohnverhältnisse mit dem Unternehmertum aufnehmen? Die Aufgabe der Kollegen müßte es sein, in der Kollegenchaft auflärend zu wirken. Katawa knüpfte an diese Ausführungen an und ermahnte auch seinerseits, Hand aus Wert zu legen. Nur einheitlich lassen sich Erfolge erzielen.

Stuttgart. Am 15. Januar fand hier für alle in der Schmiederei beschäftigten Personen eine Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Ist es zweckmäßig, daß sich der Schmiedeverband mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband vereinigt?“ Referent war Kollege Eggert. Der Redner führte unter anderem aus: Es ist nötig, festzustellen, welche Gründe für oder gegen den Anschluß des Schmiedeverbandes an den Deutschen Metallarbeiter-Verband sprechen. Vom Schmiedeverband würde als Grund für die Notwendigkeit einer Berufsorganisation der Schmiede die besondere Entwicklung des Schmiedebewerftägigen angeführt, der sich im Gegensatz zu den übrigen Berufsarten in der Metallindustrie eine gewisse Selbstständigkeit und Abgeschlossenheit bewahrt habe. Diese besondere Entwicklung existiere aber nicht, aber selbst wenn sie vorhanden, sei sie ja nicht stichhaltig als Grund für eine besondere Organisation. Bei der Bauwerkerei und bei der Bauwerkerei zeige sich die „besondere Entwicklung“ noch mehr als bei den Schmieden, und doch habe der Metallarbeiter-Verband für die Schloßer Klagenbes geleistet. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Bauanschlagern und anderen Berufen. Die Mitglieder des Schmiedeverbandes seien zum großen Teil in den Grobbetrieben der Metallindustrie beschäftigt und sie seien dort Teilarbeiter wie die Dreher, Schloßer und andere Arbeiter. Sie arbeiten also für dieselben Unternehmer und unter der gleichen Ausbeutungspraxis. Es existiert also keine Scheidelinie zwischen den Schmieden und den übrigen Arbeitern der Metallindustrie. Schon diese Tatsachen sollten für jeden maßgebend sein, für den Zusammenschluß der beiden Verbände eingutreten. Vieles würde auch als Grund gegen eine Verschmelzung angeführt, daß die hohen Unterstüßungsausgaben des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes seine Mittel derart in Anspruch nehmen, daß für den gewerkschaftlichen Kampf nur wenig getan werden könne. Interessant sei deshalb wohl nachfolgende Tabelle, die die Ausgaben der beiden Verbände für Unterstüßungen im Jahre 1908 veranschaulicht und darzut, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband trotz seiner hohen Unterstüßungssätze immerhin noch mehr für Kampfzwecke verausgaben konnte als der Schmiedeverband.

	Schmiedeverband überhaupt pro Kopf	Metallarbeiter-Verband überhaupt pro Kopf
Reisegeld	12 973,45	0,85
401 607,89	1,11	
Unterstützung	4 716,38	0,31
102 044,31	0,28	
Krankunterstützung	106 849,83	7,04
3 049 747,57	8,46	
Arbeitslosenunterstützung	71 348,98	4,70
3 093 559,20	8,50	
Streitunterstützung	26 241,89	1,73
816 648,14	2,26	
Wahrgelungsunterstützung	28 745,11	1,89
346 032,73	0,96	
Notlageunterstützung	100,00	0,01
64 664,30	0,17	
Nachschuß	1 563,44	0,10
69 922,08	0,19	
Estergebild	3 510,00	0,23
68 888,66	0,19	
Summa	256 049,11	16,85
8 013 114,37	22,12	

Mein in dieser kleinen Zusammenstellung offenbart sich die Überlegenheit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegenüber dem Schmiedeverband in geradezu eblatanter Weise. Nach ihr waren die Ausgaben für Unterstüßungen im Deutschen Metallarbeiter-Verband pro Mitglied um 5,27 M. höher als im Schmiedeverband. Bei der Durchsicht der einzelnen Posten finden wir die für den Metallarbeiter-Verband sehr günstige Tatsache, daß auf jedes Mitglied 52 S. mehr für Streiks ausgegeben wurde als im Schmiedeverband. Für die Frage der Verschmelzung sei auch maßgebend, welcher von beiden Verbänden in bezug auf seine Verwaltungskosten am besten dastehet. Diese seien im Deutschen Metallarbeiter-Verband geringer. Wenn sich der Schmiedeverband dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen würde, verbilligten sich die Verwaltungskosten und Agitationskosten und es könnte dann mehr für Kampfzwecke verwendet werden. Jeder vermöge zu ermessen, wie groß allein dieser Vorteil für die Kollegen im Schmiedebewerftägigen wäre. Auch für die Verbandsorgane seien die Ausgaben verhältnismäßig sehr verschieden. Abgesehen vom Umfang und Inhalt: der Metallarbeiter-Verband verausgabte im Jahre 1908 für das Verbandsorgan 301 563,09 M. pro Mitglied 83 S., der Schmiedeverband für die Schmiedezitung 23 199,80 M. pro Mitglied 1,47 M. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist auch in diesem Wachstum begriffen, mit dem sich der Schmiedeverband nicht zu messen vermag. Nicht sämtliche Mitglieder des Schmiedeverbandes seien Schmiede im engeren Sinne des Wortes, es seien darunter viele Mitglieder, die mit dem Beruf der Huf- und Wagen schmiede absolut nichts gemein haben. Die industrielle Entwicklung habe aber auch vor dem eigentlichen Schmiedegewerbe nicht Halt gemacht, denn die Zahl der selbständigen Grob- und Hufschmiede sei von

